

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Müller-Hermann, Gewandt, Eilers (Wilhelmshaven),
Möller (Lübeck), Schröder (Wilhelminenhof), Dr. Ritz, Susset, Frau Tübler, Orgaß
und Genossen**

betr. Hochseefischerei in den Gewässern um Island

Die Auseinandersetzungen um die Ausweitung der Fischereigrenzen von 12 Seemeilen auf 50 Seemeilen durch Island spitzen sich immer mehr zu. Durch das Vorgehen isländischer bewaffneter Wachboote in den Gewässern um Island ist deutschen Fischereischiffen erheblicher Sachschaden entstanden; leider sind auch schon Personenschäden zu beklagen.

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Müller-Hermann und Genossen zum gleichen Thema vom 3. August 1972 erklärt die Bundesregierung, daß sie vorsorglich darüber berät, welche Maßnahmen je nach Verlauf der weiteren Entwicklung zur Wahrung der Belange der deutschen Hochseefischerei in Betracht kommen. Die Fragesteller halten den Zeitpunkt für gekommen, daß die Bundesregierung darlegt, wie sie sich die Beilegung des Konflikts denkt und was sie zu tun beabsichtigt, wenn es nicht bald zu einer befriedigenden Lösung des Problems kommt.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche Personen- und Sachschäden sind bisher durch die Auseinandersetzungen in den Gewässern um Island durch Übergriffe isländischer Wachboote auf deutsche Hochseefischereifahrzeuge entstanden?
2. Welche Schritte hat die Bundesregierung gegen diese Übergriffe unternommen?
3. Wie gedenkt die Bundesregierung die deutsche Hochseefischerei zukünftig gegen derartige rechtswidrige Übergriffe zu schützen?
4. Haben die Auseinandersetzungen die Versorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland schon beeinträchtigt und wenn ja, in welchem Ausmaß?
5. Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung Island, um zu einer Lösung des Konflikts zu gelangen? Gibt es berechnete Chancen, langfristige Verträge mit der isländischen Regierung zustandezu-

bringen, die die Fischversorgung durch die deutsche Hochseefischerei und die andernfalls gefährdeten Arbeitsplätze sicherstellen?

6. Ist die Bundesregierung vom Verhandlungsergebnis des Bremer Bürgermeisters Koschnick mit der isländischen Regierung unterrichtet und ggf. welches Ergebnis hatte diese Verhandlung?
7. Inwieweit ist die Bundesregierung mit ihrem Klagebegehren gegen Island beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag durchgedrungen?
8. Gibt es zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien konkrete Absprachen über ein gemeinsames Vorgehen zur Beilegung des Fischereistreits und welchen Inhalt haben diese Absprachen?

Bonn, den 24. Mai 1973

Dr. Müller-Hermann

Gewandt

Eilers (Wilhelmshaven)

Möller (Lübeck)

Schröder (Wilhelminenhof)

Dr. Ritz

Susset

Frau Dr. Tübler

Orgaß

Bewerunge

Dr. von Bismarck

Bremm

Dreyer

Ey

Franke (Osnabrück)

Dr. Früh

Horstmeier

Kiechle

Rainer

Frau Dr. Riede (Oeffingen)

Dr. Ritgen

Rollmann

Sauter (Epfendorf)

Seiters

Solke

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim

Dr. Sprung

Baron von Wrangel